

**Medienmitteilung vom 20. April 2011**

## **Energiegesetz ist Grundlage für den Atomausstieg**

**An der ersten gemeinsamen Medienkonferenz machen sich Grüne und Grünliberale (glp) des Kantons Bern stark für das revidierte Energiegesetz. Es bringt den Kanton energiepolitisch einen ordentlichen Schritt weiter, ohne aber bahnbrechend zu sein. Der Volksvorschlag dagegen ist mutlos und verhindert, dass das einheimische Gewerbe vom Anreiz für Gebäudesanierungen im grossen Stil profitieren kann. Die beiden Parteien sagen als einzige Nein zur abgemagerten Referendumsvorlage.**

Es ist dringend nötig, dass der Kanton Bern ein neues Energiegesetz bekommt, denn in der geltenden Version, die aus den 1980er Jahren stammt, kommt das Wort Effizienz noch kein einziges Mal vor. Heute ist ein Gesetz gefragt, das die Grundlage für den Atomausstieg schafft, Energieeffizienz fordert und -sparen fördert und den Weg frei macht zur konsequenten Förderung erneuerbarer Energien. All das bietet die Vorlage des Grossen Rates, über die am 15. Mai abgestimmt wird. Grüne und glp sind die einzigen Parteien im Kanton Bern, welche die Gesetzesvorlage des Grossen Rates annehmen und klar nein sagen zum zahnlosen Volksvorschlag. „Der Volksvorschlag ist nichts anderes als die Fortsetzung der destruktiven Energiepolitik der bürgerlichen Parteien“, sagt Blaise Kropf mit Blick auf frühere energiepolitische Weichenstellungen. „Hier zeigt sich die Notwendigkeit klarer grüner Politik.“

Sowohl der Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) als auch die Sanierungspflicht sind Massnahmen im revidierten Gesetz, die wirksam und für Hausbesitzer massvoll sind. „Die Sanierung einer alten Liegenschaft von schlechter Energieklasse bringt eine Energieeinsparung, die sich innert weniger Jahre positiv auf den Geldbeutel des Hausbesitzers auswirkt“, sagt Christine Häsler, Fraktionspräsidentin der Grünen Kanton Bern. Dass die Förderabgabe von gewissen Kreisen als „neue und unnötige Steuer“ gehandelt werde, sei Unsinn: „Einen durchschnittlichen Haushalt kostet dies monatlich so viel wie ein einziger Kaffee im Restaurant, nämlich 2 bis 5 Franken.“

Für Franziska Schöni-Affolter, Co-Präsidentin der glp Kanton Bern, stellt der Volksvorschlag die herrschende „konzeptlose Haltung rechtsbürgerlicher Parteien in der Energiefrage“ dar. Indem im Volksvorschlag die zeitlich beschränkten Förderbeiträge auf Strom gestrichen worden sind, wird verhindert, dass das Geld, das in Gebäudesanierungen fliessen würde, dem einheimischen Gewerbe zugute kommt. Als unlogisch bezeichnet Schöni-Affolter die Forderung, der Kanton habe Gebäudesanierungen aus der allgemeinen Kantonskasse zu finanzieren bei der gleichzeitigen Sparabsicht von hohen Millionenbeträgen.

Dass das revidierte Energiegesetz zwar nötig und fortschrittlich, letztlich aber bereits ein Kompromisswerk ist, zeigt Michael Köpfler, Co-Präsident der glp auf. „Um das anzustrebende Ziel einer gänzlichen Versorgung durch Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu erreichen, sind weitere Massnahmen auf kantonaler und nationaler Ebene nötig.“ Er nennt dabei die Lenkungsabgabe auf Strom und die Aufhebung der Be-

schränkung der kostendeckenden Einspeisevergütung. Der Kanton Bern müsse zudem seinen Einfluss als Mehrheitsaktionär der BKW mehr wahrnehmen und sich klar für eine atomstromfreie Strategie stark machen, so Köpfl.

**Für weitere Auskünfte:**

Christine Häsler, Fraktionspräsidentin Grüne, 079 379 47 05

Michael Köpfl, Co-Präsident glp Kanton Bern, 079 743 30 89

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68

Franziska Schöni-Affolter, Fraktions- und Co-Präsidentin glp Kanton Bern,  
079 518 58 74

**Unterlagen:**

- Redebeitrag Christine Häsler, Fraktionspräsidentin Grüne
- Redebeitrag Michael Köpfl, Co-Präsident glp Kanton Bern
- Redebeitrag Franziska Schöni-Affolter, Fraktions- und Co-Präsidentin glp Kanton Bern